

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Beratung der Entente-Parlamente.

Ein Antrag der englischen Arbeiterpartei.

London, 27. Februar. (W.B.) Die Arbeiterpartei hat folgenden von Ramsay MacDonald, Clynes und Henderson unterzeichneten Antrag im Unterhause eingebracht: „Das Unterhaus glaubt, daß die Völker Europas die Aufrechterhaltung des Friedens wünschen, sowie die Durchführung einer Politik, die im Sinne der Aufrechterhaltung des Friedens arbeitet, und ist somit der Ansicht, daß die Parlamente von Frankreich und Belgien eingeladen werden sollten, je eine Kommission zu bilden, die aus allen Parteien zusammengesetzt ist, um mit einer vom Unterhaus zu bildenden ähnlichen Kommission ihre Ansichten über die Befehung der Ruhr und die damit zusammenhängenden Reparations- und Sicherheitsprobleme auszutauschen.“

Es wird erklärt, daß die Arbeiterpartei in Verbindung mit den sozialistischen Parteien Frankreichs und Belgiens steht im Hinblick auf die Einbringung einer gleichlautenden Resolution in den Kammern der beiden Länder. Es verläutet, daß die Regierung ersucht worden ist, Gelegenheit zur Erörterung der Resolution zu geben.

Ramsay MacDonald teilt dem Parlamentsberichterstatter des „Daily Herald“ mit, daß der Antrag einen Versuch darstelle, die Parlamente an dem Problem zu interessieren. Die Regierung müsse diesen Vorschlag als einen möglichen Ausweg aus den Schwierigkeiten betrachten. Abg. Snowden erklärte, das große Problem der Regierung scheine zu sein, Mittel zu finden, um Verhandlungen zu eröffnen oder ihre Vermittlung anzubieten, ohne Frankreich zu beleidigen. Wenn es der Wunsch der Regierung sei, eine Lösung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu finden, so werde ihr der Antrag der Arbeiterpartei eine Möglichkeit dazu bieten.

Englische Ruhrhilfe.

London, 27. Februar. (W.B.) Der Generatrat der englischen Gewerkschaften beschloß, den deutschen Gewerkschaften 500 Pfund Sterling (über 50 Millionen Mark) zu überweisen, damit sie „den Kampf gegen die Sklaverei der Arbeiter im Ruhrgebiet fortsetzen können.“ Der Rat beschloß ferner, einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Organisationen zu richten, wegen finanzieller Unterstützung der Ruhrarbeiter. Gemeinsam mit dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes soll dafür gesorgt werden, daß diese Gelder ausschließlich den deutschen Arbeitern zugute kommen.

Die „Express-Korr.“ schreibt: „Wie verlautet, sollen die englischen Gewerkschaften der Bergleute, Eisenbahner und Schiffer beabsichtigen, die Verschickung von Kohlen nach Frankreich nach Möglichkeit einzuschränken, womöglich bis zu dem Grade, daß dies für die französische Kohlenversorgung aus England empfindlich bemerkbar wird.“

So wirksam diese Maßnahme wäre, so bleibt doch abzumarten, ob sie ergriffen wird, zumal sie den Verzicht auf eine starke Besserung der englischen Wirtschaftslage bedeuten würde.

Erklärungen im Unterhaus.

London, 27. Februar. (W.B.) Auf eine Frage Ramsay MacDonalds im Unterhause nach dem gegenwärtigen Stand der englisch-französischen Verhandlungen, betreffend die Befehung des Ruhrgebietes und ob irgendwie erwogen werde, die englischen Truppen aus Köln wegzunehmen, erwiderte Bonar Law, die Lage weise keine Veränderung auf.

Weiter erklärte Bonar Law, den französischen Behörden sei angedeutet worden, sie möchten im britisch besetzten Gebiet keine weiteren Verhaftungen vornehmen, ohne sich vorher mit der britischen Regierung beraten zu haben.

Auf eine weitere Anfrage erklärte Bonar Law, daß die Ausgaben für die Befehungsmarine durch das interalliierte Abkommen vom 11. März 1921 auf gewisse genau bestimmte Summen gestellt seien, die nur dann erhöht werden könnten, wenn es sich darum handle, die besonderen Kosten für Maßnahmen zu decken, die von allen alliierten Mächten beschlossen worden seien. Diese Kosten könnten somit durch die von der französischen und belgischen Regierung ohne Zustimmung der übrigen Alliierten beschlossenen Maßnahmen nicht erhöht werden. — Auf die Frage Bennis, ob die Regierung ihren Standpunkt, wonach die Kosten der Befehung der Ruhr nicht den Vorrang vor den Reparationen haben sollten, der französischen Regierung mitgeteilt habe, antwortete Bonar Law verneinend.

Der Arbeitervertreter Bedgewood fragte, ob die Regierung davon Kenntnis hätte, daß die französischen Militärbehörden in Emmerich eine Sendung von Zinkoxyd, die aus Deutschland kam und für England bestimmt war und die überdies von den englischen Kaufleuten bezahlt war, angehalten haben und welche Maßnahmen die Regierung dagegen zu ergreifen gedenkt. Der Regierungsvortreter erwiderte, daß die Aufmerksamkeit der Regierung auf diesen Fall gelenkt worden sei, ebenso wie auf andere Nachrichten, wonach französische und belgische Beamte den Warenverkehr auf dem Rhein behindert hätten. Mac Reill teilte auf eine Anfrage mit, die Autorität der Rheinlandoberkommissare sei gültig in dem unter dem Rheinlandabkommen und Artikel 428 des Versailler Vertrages stehenden Gebiet, sie dehne sich nicht auf das Ruhrgebiet aus und werde von der Befehung des Ruhrgebietes nicht berührt.

Auf eine Anfrage, ob Erörterungen Notgelfunden hätten irgendwelchen der Alliierten bezüglich eines Ergänzungsvertrages zum Versailler Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien, der die Kontrolle der Eisenbahnen im Rheinland und im Ruhrgebiet berühre, erwiderte Bonar Law verneinend.

Ein Röder für die Arbeiter.

Paris, 27. Februar. (W.B.) Es scheint, daß bei den Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet in irgendeiner Form der Gedanke erwogen worden ist, den Bergbau und die Industrie im Ruhrgebiet, und zwar sowohl das staatliche wie das Privateigentum, zu „nationalisieren“ und die Leitung den Betriebsräten zu übergeben. Der Sonderberichterstatter des „Journal des Débats“ in Düsseldorf, dessen Mitteilungen sich von denen der übrigen Korrespondenten durch starkes Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen, hält es wenigstens für geraten, dem Urheber dieser „Lösung“ diese Idee auszureden und macht auf die Gefahren aufmerksam, die die Ausführung eines solchen revolutionären Experimentes für Frankreich mit sich bringen würde.

Wenn diese Meldung des Wolff-Bureaus zutreffen sollte, so würde sie nur die grenzenlose Verlegenheit der Besatzungsbehörden der Arbeiterschaft gegenüber offenbaren. Die Annahme, daß die Arbeiter des Ruhrgebietes auf diesen Röder hereinfallen könnten, ist zu grotesk, als daß man auf diesen Plan näher einzugehen brauchte. Die Sozialisierung der Bergwerke und der Schlüsselindustrien ist nach wie vor Ziel der deutschen Arbeiterklasse. Aber dieses Ziel wird sie im Kampfe gegen die deutsche Bourgeoisie verwirklichen und nicht durch Zusammenwirken mit den militaristischen Beauftragten der französischen Schwerindustrie.

Französische Kritik am Besetzungssystem.

Paris, 27. Februar. (W.B.) Der Sonderberichterstatter des „Journal des Débats“ in Düsseldorf übt an dem Besetzungssystem scharfe Kritik. Nach seiner Ansicht hätte man Anlaß, auf die Kontrolle der Bergwerke und Fabriken, so wie die Mission, die nach dem Ruhrgebiet geschickt sei, um mit dem deutschen Kohlenyndikat zusammenzuarbeiten, hätte sich in dem Augenblick zurückziehen sollen, in dem das Syndikat seinen Sitz nach Hamburg verlegte. Sie habe dies nicht getan, man habe die Ingenieure zur Kontrolle der Produktion an Ort und Stelle verwenden wollen. Dadurch seien zahlreiche Zwischenfälle entstanden, besonders Gewalttätigkeiten oder grobe Weigerungen, den Ingenieuren den Zutritt zu den Betrieben zu gestatten oder ihnen die verlangten Auskünfte zu erteilen, und auch eine unliebame Offensive gegen den Kaiserhof in Essen. Die Kommission sei heute in den Augen der Deutschen lächerlich. Ihre Tätigkeit sei verhaßt geworden. Niemand könnte die Kaufleute und die Industriellen zugeben, daß Fremde ihre Kasse in ihre Bücher stecken. Im übrigen erscheine auch vom rechtlichen Standpunkte aus eine solche Kontrolle ziemlich zweifelhaft. Sie trüge noch dazu bei, den Franzosen drückliche Schwierigkeiten zu machen, und wenn die Arbeiter bei dieser Angelegenheit gegen sie aufgewiegelt würden, auch Schwierigkeiten allgemeiner Art überdrehen, da die Alliierten Frankreichs auf die Vermutung kommen könnten, daß diese Schwierigkeiten nur den französischen Industriellen förderlich sein solle. Schließlich sei eine derartige Kontrolle unwirksam. In Frankreich habe während des Krieges die Hüftkommission dergleichen Vollmachten gehabt; habe sie aber, so fragt das Blatt, sichere Ergebnisse erzielt. Es sei naiv, wenn man annehme, daß es der Kontrolle gelingen werde, die Hinterziehungen in vollem Umfange aufzudecken. Der Korrespondent meint, die richtige Lösung wäre, die wirkungslose, vielleicht sogar gefährliche Kommission zurückzuziehen. Wenn man eine moralische Rückwirkung auf die Deutschen befürchte, so könne man sie unter der Bezeichnung „Studentenkommission“ immer noch beibehalten. Die Kommission sei heute nur noch ein Gärungsstoff mehr, während man alles Interesse daran habe, den Frieden zu sichern.

Der 12-Milliarden-Raub.

Paris, 27. Februar. (E.F.) Es steht fest, daß mindestens 6 Milliarden für die Reichsbankstelle in Köln bestimmt waren, um die Bedürfnisse der englischen Armee zu decken. Die Untersuchung über die Bestimmung der übrigen 6,1 Milliarden Mark ist nach einer offiziellen französischen Mitteilung noch nicht abgeschlossen. Der ganze Betrag wurde nach Düsseldorf gebracht. Die Kästen mit Platten zum Banknoten-Druck wurden in die Reichsbank nach Düsseldorf geschafft und dort in Gegenwart von Reichstagsbeamten versiegelt, damit nicht behauptet werden könne, die Franzosen hätten sich dieser Platten bedient, um Falschgeld zu drucken.

Dollar 22750.

Das Geschäft am Devisenmarkt trug heute einen sehr ruhigen Charakter. Die Kurse zeigen im Vergleich zu gestern so gut wie keine Veränderung. Der Dollar wurde gegen Mittag wieder mit 22 750 gehandelt. Offenbar sind die Großhandelskurse noch zu sehr durch die Ultimogeregulation in Anspruch genommen, als daß sie zu neuen Eindeckungen schreiten könnten. Außerdem verhält sich natürlich die Industrie ebenso wie die berufsmäßige Spekulation abwartend, angesichts der Nachrichten über eine angeblich bevorstehende amerikanisch-englische Vermittlung. Die Tendenz ist allerdings vorläufig ziemlich fest. Der Geldmarkt trägt ein etwas leichteres Gepräge.

Sozialdemokratie und Ruhrkampf

Preßestimmen zum Berliner Bezirkstag.

Die „Post-Ztg.“ faßt ihr Urteil über den Berliner Bezirksparteitag in folgende Worte zusammen:

Die Aussprache auf dem Berliner Bezirkstag hat gezeigt, daß in der sozialdemokratischen Fraktion zwar durchaus Einheitlichkeit der Auffassung über die Fortsetzung des passiven Widerstandes an der Ruhr besteht, aber Zweispaltigkeit der Meinungen über die Taktik der Fraktion gegenüber dem Kabinett Cuno, wobei aber die Mehrheit hinter dem Fraktions- und Parteivorstande steht. Der radikale Antrag auf Ablehnung des Etats des Reichswehrministeriums wurde der Reichstagsfraktion „überwiesen“. Das bedeutet ein Begräbnis erster Klasse. Immerhin wird die Fraktion, wahrscheinlich heute, in der weiteren Beratung dieses Etats, von der Reichsregierung eine unzweideutigere Stellungnahme gegen die Selbstschuß- und ähnliche Organisationen fordern.

Im Gegensatz dazu entdeckt die „Rote Fahne“ eine Rebellion der „S.P.D.-Arbeiter“ gegen die verräterischen Führer. Sie fordert die Arbeiter zu „weiterem zähen Widerstand“ auf. Die Arbeiter wissen nun wenigstens, was sie zu tun haben.

Im übrigen ist ebenso die „Post-Ztg.“ im Irrtum, wenn sie die Ueberweisung des den Reichswehrretai betreffenden Antrags an die Reichstagsfraktion als ein „Begräbnis erster Klasse“ bezeichnet, wie die „Rote Fahne“, wenn sie meint, daß dieser Antrag angenommen worden sei. Die Stellung eines derartigen Dringlichkeitsantrags, der mehr als hundert Unterschriften trug, ist vielmehr als ein durchaus ernstes Stimmungssymptom zu bewerten. Als solches wird es von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion betrachtet werden, es sollte aber auch der Reichsregierung zu einigem Nachdenken Anlaß geben.

Die „Kreuzztg.“ entdeckt in Genossen Wels einen neuen Dolchstößer. Die „Deutsche Tagesztg.“ ist sich aber über den Fall nicht so ganz klar, denn sie meint:

Herr Wels gewährt den Anblick eines Bären, dem auf heißer Glut das Tongen beigebracht wird, indem er bald das rechte, bald das linke Bein hebt. Im rechten Bein hat er eine durchaus normale Stützartikulation vaterländischer Empfindens und geschichtlicher Lehren, im linken aber internationale und parteipolitische Rauhe. Die lehrt er hat ihn gezwinkt, wenn er über den Monarchismus der bürgerlichen Parteien und die Bedrohung der Republik weiter und aus solcher Gesinnungsstüchtigkeit heraus jeglichen Gedanken an Einheitsfront ableugnete und verdammt.

Das etwas kühne Bild läßt immerhin deutlich erkennen, daß in der Auffassung vaterländischer Pflichten zwischen Sozialdemokraten und deutschnationalen Agrariern erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Anders kann es wohl auch nicht sein!

Die „Kreuzztg.“ meint in ihrem Dolchstoß-Artikel weiter: Es ist für die Sozialdemokratie bezeichnend, daß sie in diesem Augenblicke einen Sturz der Regierung Cuno überhaupt in das Reich der Möglichkeit zieht. Wenn Herr Wels erklärt, daß die Regierung Cuno ruhig „noch“ die Verantwortung weiter tragen soll, so kann das nur so gedeutet werden, daß die Sozialdemokratie zu gegebener Zeit der Regierung bei ihrer Abwehr gegen den feindlichen Einbruch in den Rücken fassen und nötigenfalls eine Kabinettskrise entzünden will, um selbst wieder die Macht an sich zu reißen.

Es gehört ein ungewöhnlich großes Maß von parteifanaticher Verblendung dazu, der Sozialdemokratie die Absicht zu unterstellen, sie wolle unter den gegebenen Umständen wieder „die Macht an sich reißen“. Der Besitz der „Macht“ ist in diesem Augenblicke in Deutschland wahrhaftig für Menschen mit gesunden fünf Sinnen nichts Erstrebenswertes, und niemandem wird es einfallen, die Regierung Cuno um die Aufgaben, die ihr gestellt sind, zu beneiden. Auch diejenigen Genossen, die meinen, daß der Regierung Cuno die allerschärfste Opposition zu machen sei — wie der Genosse Aufhäuser —, beruhigen sich mit dem Gedanken, daß diese schärfste Opposition ja nicht gleich zum Sturz der Regierung führen müsse. Nach Ministerstürzerei und Gieren nach Macht sieht das alles gewiß nicht aus.

Richtig bleibt nur soviel, daß eine große, ihrer Verantwortung bewußte Partei — so wenig sie unter den gegenwärtigen Umständen sich zur Regierungsmacht drängen wird — stets mit der Möglichkeit rechnen muß, daß es für sie wieder notwendig werden könnte, bei der Bestaltung der politischen Geschicke ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Tritt dieser Fall ein, dann hat die Sozialdemokratie von rechts her sicher nicht mit Anerkennung, sondern nur mit Verleumdung und wüster Hege zu rechnen. Das hat sie in der Vergangenheit nicht gehindert, ihre Pflicht zu tun, es wird sie auch in Zukunft nicht daran hindern.

Schließlich sei der „Tag“ erwähnt, der dem Genossen Crispian ein „Meisterstück französischer Propaganda“ unterschiebt, weil er die Ansicht vertreten hat, es sei möglich gewesen, den Ruhrkampf zu vermeiden, indem man durch konsequente Erfüllungspolitik Herren Poincaré die Vorwände für seine Aktion entzog. Vielleicht erinnert sich der „Tag“, daß auch Genosse Crispian hier im „Vormwärts“ Worte der schärfsten Entrüstung über die Gewalttaten des französischen Imperialismus gefunden hat. Wir vermuten, daß diese Worte der Verurteilung der „französischen Propaganda“ wirksamer entgegengearbeitet haben, als es alle Tiraden des „Tag“ vermögen.

Der „Tag“ meint dann weiter:
Auf den würdevollen Punkt der sozialistischen Stellungnahme wies Stamper hin, als er die Haltung des „Vorwärts“ verteidigte. Er habe es für seine Pflicht gehalten, neben der Meinung der Reichstagsfraktion und der Partei auch die des Ruhrproletariats zu Worte kommen zu lassen, und dessen Zustimmung sei im Augenblick wichtiger, als was die Berliner Etappe rede. In der Tat wissen wir, daß die Arbeiterchaft im Ruhrrevier, auch die sozialdemokratische, in dem Kampf, den sie begonnen hat und den sie Schulter an Schulter mit allen übrigen Ständen des deutschen Volkes zum guten Ende führen will, es nicht verstehen würde, wenn jetzt die Parteifürsorge im Bunde mit mehr oder minder dunklen Elementen versuchen würden, durch ein sogenanntes Kompromiß- und Verhandlungen vor der Räumung des Ruhrgebietes das deutsche Volk in einen Abgrund zu stürzen, aus dem eine Erhebung in absehbarer Zeit überhaupt unmöglich wäre.

Das ist eine völlige Verdrehung der tatsächlichen Verhältnisse. In Wirklichkeit haben die sozialdemokratischen Arbeiter im Ruhrrevier längst die Führung des Kampfes übernommen, und ihre Haltung ist so, daß kein Wort des Lobes an sie heranreicht. Die sozialdemokratischen Arbeiter des Ruhrreviers bilden zugleich aber auch den stärksten Damm gegen die nationalistische Verheerung, und sie sehen die Stunde herbei, die sie von ihren militaristischen Beimigern befreit. Darum haben sie auch die Worte des Reichspräsidenten, der Kampf werde nicht um des Kampfes wegen geführt, und kein Verantwortlicher wolle ihn unnötig verlängern, mit hoher Befriedigung aufgenommen.

Deutschnationale und Preistreibererei.

Nicht auf dem rechten Wege...

In der wirtschaftspolitischen Umschau der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ heißt es:

Die Teuerung hat trotz der Markbesserung keine Abschwächung erfahren. Die Preise einer ganzen Reihe von Inlandserzeugnissen stehen heute höher als die Preise von Waren, die entweder aus dem Ausland eingeführt sind oder in überwiegendem Ausmaße ausländische Rohstoffe enthalten. Das beweist, daß die innere Preispolitik nicht auf dem richtigen Wege ist und dringend der Aenderung bedarf. In einem Rundschreiben an die Spitzenverbände der Industrie, des Handels und des Handwerks sowie der Konsumgenossenschaften hat der Reichswirtschaftsminister ersichtlich den Preisabbau gefordert und zum Ausdruck gebracht, daß die Bevölkerung es nicht versteht, daß nach einem Rückgang der ausländischen Devisenkurse um mehr als die Hälfte das Steigen der Inlandpreise abgesehen von einigen wenigen Artikeln, noch nicht einmal zum Stillstand gekommen ist. Sicher kann der Preisabbau nicht mit derselben Blühlichkeit vor sich gehen, wie die Devisen gefallen sind, weil die zu hohen Preisen eingekauften Waren erst abgesetzt werden müssen. Aber die derzeitigen Zustände rufen mit Recht in den weitesten Verbraucherkreisen große Erbitterung hervor und müssen schon deshalb beschleunigt abgestellt werden, weil unter den derzeitigen Verhältnissen alles vermieden werden muß, was geeignet wäre, die einheitliche Abwehrfront in Volk und Wirtschaft zu gefährden.

Das ist ein recht offenes Geständnis. Man hat bisher leider nichts davon gemerkt, daß die Kreise, die hinter der „Kreuzzeitung“ stehen, danach handeln.

Rekordgewinne.

Bei den gegenwärtigen Beratungen im Steuerauschuß des Reichstages spielt das Argument der geringen Gewinne der Industrie infolge der Geldentwertung eine außerordentlich große Rolle. Auf wie schwachen Füßen diese Argumentation steht, zeigen zwei Geschäftsabschlüsse industrieller Unternehmungen, die wir heute in der Presse finden.

Die Rheinische Spiegelglasfabrik in Elan bei Ratingen hat ihren Rohgewinn gegenüber dem Vorjahr um mehr als 50fache erhöht, nämlich von 7,98 auf 442,95 Millionen Mark. Trotz der Erhöhung der Abschreibungen von 0,45 auf 2,42 Millionen Mark ergibt sich ein Steigen des Reingewinnes um

etwa das 70fache, nämlich von 5,78 auf 418,28 Millionen Mark. Daraus werden 100 Proz. Dividende und 300 Proz. Bonus ausgeschüttet und außerdem noch 150 Millionen Mark der Steuerrücklage zugeführt und 41,21 auf neue Rechnung vorgetragen. Technisch ist das Ergebnis der Papierfabrik Sedwiz i. Sa. Das Unternehmen hatte bis zum vergangenen Jahre ganz normale Ergebnisse ausgewiesen, es verteilte in den vorangegangenen sechs Jahren zwischen 10 und 25 Proz. Dividende. Jetzt erhöht das Unternehmen seine Dividende auf nicht weniger als 375 Proz. Es schüttet also mehr als das 3½fache des ganzen Aktienkapitals in einem einzigen Jahre als Dividende an die Aktionäre aus. Dabei hat es vorher seine ganzen Immobilien und Mobilien auf lumpige 100 000 Mark abgeschätzt. Wie außerordentlich die Konjunktur im übrigen auf die Bilanz eingewirkt hat, ergibt sich daraus, daß Außenstände und Bankguthaben von vorjährigen 10,33 auf 571,76 Millionen angewachsen sind. „Im ganzen liegt jedenfalls eine phänomenale Gewinnentwicklung vor,“ so bemerkt die „Frankf. Zig.“ zu diesem Abschluß.

Bei all solchen Abschüssen bleibt dann immer noch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der wirklichen Gewinne der Industrieunternehmungen in den öffentlichen Bilanzen überhaupt nicht zum Ausdruck kommt, und daß die Gewinne, die als Dividende, Bonus und Gratisaktien den Aktionären zufallen, nur ein geringer Bruchteil sind gegenüber dem, was die Verwaltungen durch Abschreibungen, Erneuerungen und Kombinationen mit anderen Unternehmungen in der Regel an Gewinnen zu verstecken pflegen. Jedenfalls liegt für die Sozialdemokratie nicht die geringste Veranlassung vor, der Steuerscheu der Industrie irgendwie entgegenzukommen und sich von den Lamentationen der „Fachleute“ beirren zu lassen.

Der Steuerauschuß erneut vertagt.

In der heutigen Sitzung des Steuerauschußes wiederholte sich das klägliche Schauspiel von Freitag. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte der Abg. Herold (Z.) erneut die Vertagung, da während der Pause in den Reichstagsverhandlungen die bürgerlichen Abgeordneten von Berlin abwesend gewesen seien und Verhandlungen infolgedessen nicht hätten stattfinden können. Gen. Bernstein drückte über die durch die Erklärung des Zentrums geschaffene Zwangslage sein schärfstes Bedauern aus. Die Befürchtung sei gerechtfertigt, daß infolge der wiederholten Verzögerung der Beratungen des Ausschusses die Erörterungen später übers Knie gebrochen und die Sache darunter leiden würde. Der Ausschuß beschloß dann, sich auf Mittwoch zu vertagen.

Hitlers Ideale.

München, 27. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In einer Hakenkreuzerversammlung warf Hitler wieder einmal die Angel nach der Arbeiterschaft aus und meinte zu diesem Zweck demagogisch listig gegen die bürgerlichen Parteien, verhöhnte aber zugleich die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, deren Erziehungs- und Aufklärungsarbeit. Mit unerhörter Frechheit behauptete er, die Sozialdemokratische Partei brauche antijüdische Exzessen und schaffe sich so in den Gewerkschaften und Arbeitersekretariaten eine Armee von Parteilumpen, die aus Selbsterhaltungstrieb nicht die Wahrheit sagten, weil sie dann ihr Brot verlieren. Das Verbrechen der bürgerlichen Parteien sei, daß sie den Boden für den Marxismus geschaffen hätten. In einem Atemzug sprach Hitler von der fortschreitenden Sowjetisierung Europas und der drohenden Gefahr, daß das jüdische Kapital in Paris Deutschland trotzig der jüdischen Welt herrschaft unterwerfen wolle. Freventlich verhöhnte Hitler die Einheitsfront, feierte den Hochverräter Ehrhardt und rief auf zur Zerstörung der Einrichtungen des Marxismus, wobei man auf Gewalt nicht verzichten könne. Dabei bekannte sich Hitler zum Gegner der Pressefreiheit. Die Freiheit für die persönliche niedrige Verleumdung der Führer der Arbeiterbewegung, die Nordsee zu tunnele er nur der völkischen Presse. Obwohl Hitler dem Hakenkreuz den Erfolg zuschreibt, daß in München die rote Republik niedergeschlagen wurde, wird er in ganz aufdringlicher Weise für die Kommunisten. „Die beiden Extreme, Kommu-

nisten und Studenten,“ so rief er, „müssen zusammengeführt werden.“ Hitler fühlt sich mit den Kommunisten verwandt, verbindet doch beide das Bestreben nach Zerstörung der Republik, die Feindschaft gegen jede Gesundung des Staatslebens und der Haß gegen den Sozialismus.

Frankreich und Sowjetrußland.

Paris, 26. Februar. (Dl.) Trotz aller offiziellen und offiziellen Ablehnungen der Mitteilungen Lardieux, daß der Ministerrat die Wiederaufnahme normaler diplomatischer Beziehungen mit Sowjetrußland beschlossen habe und eine Mission nach Rußland entsenden wolle, erhält sich in sehr gut unterrichteten politischen Kreisen die Version, daß der derzeitige Direktor der russischen Abteilung im Auswärtigen Ministerium, Graf de Chevigny, dazu bestimmt sei, in besonderer Mission nach Sowjetrußland demnächst abzugehen und zwar, um zunächst in Moskau das Terrain nach der Richtung hin zu sondieren, ob die Sowjetregierung geneigt sei, die Rechte der französischen Eigentümer in Rußland klaglos abzugeben und zwar, so versichern einige Blätter, die Bedingung, unter der sich die französische Regierung zur Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Sowjetrußland verstehen wolle. Auch der Name des Senators de Monzie wird nach wie vor mit einer halbamtlichen Mission für Rußland in Verbindung gebracht.

Arbeitslosendemonstration in Warschau.

Warschau, 27. Februar. (Dl.) Auch heute fand wieder eine Demonstration der Arbeitslosen statt. Eine ungezählte Menge zog durch die Straßen vor das Arbeitsministerium, wo eine Delegation zum Minister entsandt wurde. Dort machte man ihre Beschwerden und gab bekannt, daß an die Arbeitslosen kostenlos Mittagessen ausgegeben werden würde. Aus der Mitte der Demonstranten wurden aber Stimmen laut, daß sie nicht gekommen seien, zu betteln, sondern um Arbeit zu fordern. Im Anschluß daran fanden Beratungen im Finanzministerium statt. Man beschloß, möglichst bald in größerem Umfang mit Arbeitsarbeiten zu beginnen.

Ein neuer Hermes-Prozeß?

Die Weinaffäre des Reichsfinanzministers Dr. Hermes wird durch eine am 15. März vor dem Reichsgericht anberaumte Verhandlung neu aufgerollt. Vor dem Landgericht I in Berlin war bekanntlich der Angeklagte, früherer „Freiheit“-Redakteur Genosse Henkel zu einer Geldstrafe von 10 000 M. verurteilt worden. Gegen dieses Urteil ist von dem Angeklagten Revision eingelegt worden, weil das Gericht in seinem Urteil ausdrücklich die unkorrekte Handlungsweise des Herrn Dr. Hermes feststellte, entsprechend früher gefällten Entscheidungen, Pressenführern den Schutz des § 193, Wahrnehmung berechtigter Interessen, versagte und wegen formaler Beleidigung zu einer Verurteilung kam.

Das Verfahren gegen Dehme.

Wie uns Herr Walter Dehme mitteilt, haben die Polizeibeamten bei ihm eine Durchsuchung nicht vorgenommen, sondern nur den Inhalt seiner Nachrichtenkorrespondenz, den er ihnen sofort ausfolgte, mitgenommen. Nach Dehmes Erkundigungen im Polizeipräsidentium scheint das Hauptinteresse den von Dehme mitverantwortlichen Veröffentlichungen über Zusammenhänge der Reichswehr und militärischen Geheimverbänden zugewendet zu sein; von dem Verdacht einer Nachrichtenlieferung an Frankreich war dabei keine Rede. Dehme bittet alle, die irgendwie belastendes Material gegen ihn besitzen, es dem Kriminalkommissar Mercier, Polizeipräsident, zu übermitteln.

Die „Deutsche Telegraphen-Agentur“ (DTA) teilt mit, daß Herr Dehme schon vor drei Wochen aus ihr ausgeschieden sei und Herr Freck sie leite.

Gen. Dr. S. Rosenfeld macht uns darauf aufmerksam, daß er nicht, wie der „Vorwärts“ irrtümlicherweise berichtet, dem Abbau, sondern dem Ausbau der bedingten Wegadigung bei der Besprechung des preussischen Justizrats das Wort geredet hat.

Ruhrspende.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

A.: Ach, guten Tag, Herr B.
B.: Guten Tag! Ach, Sie sind's! Wie geht's?
A.: Danke, sehr gut! Augenblicklich aber ist mir's hundserbärmlich zumute.
B.: Wieso denn?
A.: Ich bin heute früh erst um 5 Uhr heimgekommen. Es war Bergnügen im Kasino. Ich bin kein Freund vom Tanzen. Da hatte ich mich in so eine „naße Ecke“ zurückgezogen. 12 000 Emmchen kostete die Pulle. Aber süßig war das Zeug. Bis zur dritten ging's. Bei der vierten aber, na Sie wissen schon! — Aber kein war's doch!
B.: Aber ich verstehe nicht, wie Sie in dieser ersten Zeit...
A.: Ich weiß schon, wo Sie hinauswollen! Aber in dem langweiligen Rest ist ja so wenig los. Und dann war doch das Bergnügen schon seit vorigem Herbst angehängt. Alles hatte sich so darauf gefreut; und da geht es doch nicht, daß man...
B.: Bei anderen Leuten geht es doch auch!
A.: Ach, Unsinn! Seht sagt doch kein vernünftiger Mensch ein Bergnügen ab!
B.: Das verstehe ich nicht. Sie und Ihresgleichen wollen patriotische Männer sein und bringen es, wenn die Zeiten so ernst sind, nicht einmal fertig, sozial waterländischen Sinn...
A.: Das verbiete ich mir von Ihnen! Sie dürfen als Lehrer das „waterländisch“ gar nicht im Munde führen. In Ihrem Stand nimmt es nur so von Menschen, die überhaupt kein Vaterlandsgesühl besitzen!
B.: Was Sie jetzt gesagt haben, können Sie nicht beweisen! Wo zu Sie sich aber bei Ihrem Riesenpatriotismus nicht entschließen konnten, das haben wir fertig gebracht. In unserem Beherrenverein sollte vorgestern ein Bunter Abend stattfinden. Dafür waren schon lange vorher Vorbereitungen getroffen worden. Trotzdem aber wurde einstimmig beschlossen, diesen Abend nicht abzuhalten — was sagen Sie dazu?
A.: Ich haune! — Durch unser Bergnügen aber haben wir dem Vaterlande positio genügt!
B.: Da bin ich neugierig, wie Sie das angefangen haben!
A.: Während der Festtafel hielt der zweite Vorsitzende eine begeisterte Rede; und im Anschluß daran wurde für die Ruhrhilfe gesammelt. Es kamen 65 000 Mark zusammen!
B.: Wieviel?
A.: Fünf- und-sechzig-tausend Mark!
B.: Mehr nicht?
A.: Das ist Ihnen wohl nicht genug, Sie — na, ich hätte beinahe gesagt: Sie Hungerleider!
B.: Wieviel Leute waren denn zu dem Bergnügen?

A.: So ungefähr 200 Personen.
B.: Und diese 200 Personen, die sich alle zu den reichen Leuten zählen, haben für die Ruhrhilfe ganze 65 000 Mark aufgebracht? Da hat ja mancher an dem Abend mehr für Wein ausgegeben!
A.: Das stimmt! —
B.: Sie haben vorher gesagt, ich wäre ein Hungerleider; und meine Berufsgenossen sind in Ihren Augen sicher ebenfalls Hungerleider.
A.: Das stimmt!
B.: Wenn wir Hungerleider in Ihren Augen auch keine Vaterlandsliebe besitzen, mein Kollegium — wir sind 21 Mann stark — hat für die Ruhrhilfe eine Summe von 42 750 Mark gespendet!

Das Geheimnis der altitalienischen Geige. Lange Zeit hindurch suchte man das Geheimnis des altitalienischen Geigenbaues in den geometrischen Ausmaßen der Instrumente, in der besonderen Beschaffenheit des Holzes und schließlich in dem klaren, durchsichtigen Lack, dem angeblich Harz einer ausgestorbenen Baumart, der Balsamsicht, beige mischt war. Aber weder der sog. physikalisch-ergate Geigenbau, der die Größe und Stärkeverhältnisse der Holzplatten bis auf Bruchteile von Millimetern genau nachahmte oder durch besonderes Abstimmen der Eigentöne von Decke und Boden leichtes Ansprechen gewisser Obertöne begünstigte, noch Versuche mit den verschiedensten Lackpräparaten hatten den gewünschten Erfolg. Erst dem Dresdener Experimentalphysiker Prof. F. J. Koch gelang es in jahrelangen Versuchen mit altitalienischen und deutschen Instrumenten folgendes festzustellen: Die geometrischen Ausmaße bestimmen zwar Größe und Helligkeitsgrad des Tones, nicht aber die leichte Ansprache und das weiche, sinnliche Timbre, das die altitalienischen Instrumente auszeichnet. Die beiden letzteren Eigenschaften sind vielmehr abhängig von der Gleichförmigkeit von Stabilität und Masse, die ja auch die Qualität des Blocktones bestimmt. Holz ist aber in getrocknetem Zustand ein völlig unausgeglichenen Klangträger; denn die einzelnen Fasern pflegen sich ungleichmäßig zu verziehen und zu verkrümmen, wodurch Dichteunterschiede der Masse und Unelastizität entstehen, die der hemmungsfreien Ausbreitung der Transversalwellen des Tones erheblichen Widerstand entgegensetzen. Gleichwohl zeigen die italienischen Geigendeckeln eine nahezu ideale Gleichförmigkeit der Holzmasse, was daraus erhellt, daß eine Verährung mit einem Pautenschlüssel einen reinen musikalischen Ton erzeugt. Mikroskopische Untersuchung löste das Rätsel. Es zeigte sich unter dem Lack eine elastische Grundierung, die keinen anderen Zweck haben konnte, als die natürliche, strukturelle Spannung des Holzes zu lösen. In rein empirischem Versuchsverfahren gelang es nun, eine ähnlich wirksame Grundierung zu finden. Es ist heute nicht nur möglich, den Klangcharakter jedes normal gebauten Instruments bereits im Rohzustand zu bestimmen, sondern auch einzelne italienische Meistergeigen in der Art der Ansprache, des Timbre und der Tragfähigkeit so zu kopieren, daß eine Unterscheidung mit dem Ohr unmöglich wird. Somit scheint die „strukturelle Entspannung“ das einzige Geheimnis der altitalienischen Geigen zu sein.

Die Arbeitspflicht in Bulgarien. Eine eigentümliche Anwendung findet die in Bulgarien allgemein eingeführte Arbeitspflicht auf die Kunst. Alle Künstler wurden aufgefordert, Kunstgegenstände herzustellen, die ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entsprechen. Auf diese Weise wird der Staat im Laufe der Zeit in den Besitz einer reichen Sammlung von Gemälden, Skulpturen und anderen Kunstgegenständen kommen. Ein Ausschuß soll die besten Werke auswählen. Nachbildungen würden dann an die Staatsgebäude, Schulen und auswärtigen Vertretungen des Staates gesandt werden, um die bulgarische Kunst und deren Vertreter bekannt zu machen.

Weiter beschäftigt man auch die Schriftsteller und Journalisten zu derartigen Arbeitsleistungen heranzuziehen, damit auch sie an den Veröffentlichungen der Arbeitsdienstbehörden mitarbeiten.

Das älteste Denkmal Amerikas aufgefunden. In einem Borort der Hauptstadt Mexiko, in der Nähe der von einem Deutschen betriebenen Papierfabrik Pena Bobre, wurde, wie H. Kochler in der „Umschau“ mitteilt, von dem Direktor des Archäologischen Museums in Mexiko, Dr. Manuel Gamio, eine Pyramide von 40 Meter Höhe gefunden. Nach der Ansicht der Sachverständigen gibt es in ganz Amerika kein archäologisches Denkmal, das sich an Alter mit dem neuen Funde vergleichen ließe. Aus den verschiedenen Schichten von Vulkanasche und Lava, die die Pyramide bedecken, geht hervor, daß diese bereits lange vor den Ausbrüchen des heute vollständig erloschenen Vulkans Ajusco erbaut wurde. Man schätzt das Alter der Pyramide auf 4000 Jahre und erwartet von einem eingehenden Studium dieses Denkmals eine vollständige Umwälzung in unserer Kenntnis der amerikanischen Urgeschichte.

Unbekannte Kompositionen von Friedrich Nietzsche zu Beethoven'schen Gedichten. Die jetzt zum ersten Male aus dem Belmarer Nietzsche-Archiv an die Öffentlichkeit kommen, wird bei der Hundertjahrfeier zum Gedächtnis des großen ungarischen Freiheitskämpfers Alexander Petöfi Gertrud Bindernagel aus dem Manuskript finden. Die Feler — mit Paul Darmann als Regisseur — findet am 4. März, abends 8 Uhr, in der Aula der Universität (Königsplatz) statt. Der Eintritt ist unentgeltlich. Es wird empfohlen, Platzanweisungen rechtzeitig beim Sekretariat der Universität abzugeben.

Großes Schauspielhaus. Infolge der Abonnementsverhältnisse haben die auf den 1. März lautenden Abonnements für den 15. März Gültigkeit, die auf den 5. und 6. März lautenden für den 10. und 11. März.

Hermann Keller-Vorlesung. Anlässlich der Anwesenheit des Dichters in Berlin veranstaltet der Ernst-Kowolbitz-Verlag Sonnabend 8 Uhr eine Vorlesung aus seinen neuen Werken in der Potsdamer Str. 123.

Vorträge. Mittwoch, 8 Uhr, spricht Prof. Fritz Hiller d. Gelehrten über Wanderungen durch Argos. Freitag spricht Dr. Bolze über Stellung Hasen und Handel.

Der erste Heimatabend findet Sonntag, 7½ Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichstags statt. Hermann Sudermann wird für das Rembrandt und Dürerreden sprechen.

Die Verwandlungen T'Annucios. Der Gestaltwille T'Annucios beschränkt sich nicht auf seine Werke, er greift auch Leben über und läßt ihn zu immer neuen Rollen. Jetzt nahm er den Titel eines „Generalismus der türkischen Armeen“ an. Eintritt er Kriegsbekämpfer!

Die Geldbeschaffung im Siedlungswesen.

Beteiligung des Siedlers durch Mehrarbeit.

Am zweiten Tage der jetzt in Berlin stattfindenden Reichs-Siedlungswoche wurde über die Frage der Finanzierung von Siedlungen verhandelt.

Dr. Albrecht-Münster erörterte die neuesten Gesetze und Vermaltungsunterlagen für die Siedlungsfinanzierung. Er beklagte, daß die Wohnungspolitik bisher nicht im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaftspolitik gestanden habe. Die in der Ernährungsökonomie mühe auch in der Wohnungspolitik eine Produktionsförderung erreicht werden. Hier sei aber bisher nichts Remenswertes geschehen. Das Reichsmittelgesetz werde die Wohnungsproduktion nicht wesentlich heben, weil es nicht auch Ertragszuschläge bringt. Nach den geradezu katastrophalen Baukostensteigerungen der letzten Zeit sei auch von der erhöhten Wohnungsbaubudgete wieder nur wenig zu erwarten, selbst wenn man sie auf die angeforderten 3000 Proz. steigert. Die Beihilfe werde immer erst gezahlt, wenn sie durch weitere Währungssturz entwertet sei. Eine gleichende Wohnungsbaubudgete sei nötig. Die zur Auszahlung der Beihilfe müsse das Reich einen Zwischenkredit geben. Man habe vorgeschlagen, durch die dem Siedler auferlegende Verpflichtung einer Mehrarbeit, z. B. von 2000 bis 4000 Arbeitsstunden, die auf 15 bis 20 Jahre zu verteilen wären, die Hypothekendarlehen zu erleichtern. Diese Forderung, daß der Siedler durch eigene Arbeit dazu beiträgt, sein Haus zu beschaffen, sei berechtigt. Einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Behebung der Wohnungsnot verpichtet sich von einer Dezentralisierung der Großstädte, von der Rückwanderung der früher vom Lande zugewanderten und zur Landarbeit noch geeigneten Großstadtbewohner auf das Land.

Danach sprach Dr. Stoff-Berlin (Gesellschaft für innere Kolonisation) über die Finanzierung besonders der ländlichen Siedlungen. Bei der Verteilung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln sei das flache Land benachteiligt worden. Zur Überwindung einer Kleinbürtigen Besetzung brauche man heute eine Anzahlung von vielen Millionen. Die Gesellschaft für innere Kolonisation hat die Geldschwierigkeiten des ländlichen Siedlungswesens durch Schaffung einer Roggenrentenbank zu mildern gesucht. Die ersten Emissionen sind sofort stark überzogen worden.

Am Nachmittag referierte Dozentregierungsrat Dr. Krug-Berlin über das Thema: „Können wir weiterbauen?“ Er hält das in dem zur Linderung der Wohnungsnot wünschenswerten Maß nur unter bestimmten Voraussetzungen für möglich. Man solle die Baukosten durch Beschränkung der Raumzahl herabdrücken, den unrentablen Baukostenanteil verringern durch Landbeigabe mit Verpflichtung zur Bearbeitung, wertbeständige Schuldverschreibungen nach Art der Roggenrentenbriefe ausgeben, den Berufstätigen in der Zeit ihrer Ledigkeit gesetzlich einen Sparzwang auferlegen und die aufkommenden Mittel in Siedlungen anlegen.

Dr. Jisser-Berlin sagte in einem Vortrag über „Markt, Spargapital, Wohnungsbau“, daß zur Wiederbelebung des Wohnungsbaues das ihm durch den Marktschwund entzogene Spargapital herangezogen werden muß. Das Spargapital, nicht das Unternehmertum, wird zur Siedlungsfinanzierung gebraucht. Selbst bei 6000 Proz. Wohnungsbaubudgete könne man, nach der neuesten Baukostensteigerung auf 20 Millionen Mark pro Wohnung, in Berlin nur 15 000 Wohnungen im Jahre schaffen, womit die Wohnungsnot nicht gemildert werde. Schon sehr man die Folgen der Wohnungsnot, die besonders die jungverheirateten Ehepaare trifft, an einer außerordentlichen und höchst beträchtlichen Minderung der Geburten. Bei nicht ausreichendem Wohnungsbau drohe dem deutschen Volke das Schicksal, auszusterben. Eine falsche Wohnungspolitik habe den Schutz der Mieter so weit getrieben, daß heute nur ein ganz geringer Teil der gesamten Aufwendungen für den Lebensunterhalt auf die Miete entfalle. In die wegen dieser Wohnungspolitik sich schlecht entwickelnden großen Mietshäuser trage sich kein Spargapital hinein. Man könne das Spargapital nur für kleine Eigenhäuser heranbringen. Das über müsse geschehen.

Ein Referat schloß sich eine Fragenbeantwortung mit Disfuffien.

Der falsche Fürst Sapiha.

Festnahme eines lange gesuchten Hochstaplers.

Wie wir bereits berichteten, hat es ein äußerst gerissener Gauner verstanden, sich unter höchst eigenhändiger Verleihung des Titels eines Fürsten Sapiha an sich selbst, unglückliche Schwindeleien zu verüben, indem er es u. a. fertig brachte, ein und dasselbe Haus dreimal zu verkaufen. Jetzt ist es gelungen, den Schwindler in Danzig dingfest zu machen.

Der Schwindler, dessen richtiger Name Stanislaus Woz ist, war mit einer Schwesternochter flüchtig geworden. Er besuchte mit seiner Begleiterin verschiedene Städte und versuchte nicht ungeschickt, die Kriminalpolizei irre zu führen. Aus allen Gegenden schickte er nach Berlin Anfrichtsarten, richtete es aber so ein, daß die Karten immer erst abgesandt wurden, wenn er den Ort bereits wieder verlassen hatte. So hatte er stets ein paar Tage Vorsprung, wenn die letzte Spur ermittelt wurde. Von München aus sandte er einen Brief mit mehreren Postkarten, die er adressiert und freigegeben hatte, an das Postamt in Leipzig mit der Weisung, den Brief zu öffnen und die Karten abzusenden. Nur verkümmerte er, die Zeitungen zu lesen. Deshalb wachte er nicht, daß, als er nach Danzig kam, die dortigen Zeitungen nach den Berliner Blättern bei ihm über seine Schwindeleien berichtet hatten. Unangesehen trat er auch in Danzig als Fürst Sapiha auf und wurde nun bald ergriffen. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß der Schwindler schon während der Kriegszeit, als er als Bombensturmtrupp eingesetzt war, die Rolle eines Fürsten Sapiha gespielt hat. Er wurde schon damals vom Militärgericht als ein Arbeiter Stanislaus Woz erkannt und schon im Gerichtsverfahren in Breslau, nachdem er in Doppelhäftgenommen worden war. Das Ende des Krieges und die Revolution brachten ihm die Befreiung. Seine Auslieferung wird in Danzig beantragt.

Ein schauerlicher Fund.

Am Roshmensee des Schleusenbetriebes am Mühlendamm landeten Beamte des Schleusenbetriebes ein Paket und fanden darin den Rumpf einer weiblichen Leiche. Kopf, Arme und Beine fehlten. Der Rumpf war zunächst in eine gewürstete Chaiselonguedecke, dann in einen Frauenrock und endlich in eine braunfarbene Portiere eingewickelt. Das ganze Paket war umschürt und an den Ecken mit Sicherheitsnadeln zusammengesteckt. Der Fund wurde nach dem Scheitern geodacht und wird hier heute genauer untersucht werden. Nach der vorläufigen Besichtigung handelt es sich um den Rumpf einer noch jüngeren Frauensperson. Der Rumpf scheint erst wenige Tage im Wasser gelegen zu haben. Doch läßt sich dies, weil er stark eingewickelt war, nicht bestimmt sagen. Allem Anschein nach handelt es sich um ein Verbrechen, das irgendwo an einer verborgenen Stelle verübt worden ist. Mitteilungen zur Klärung werden im Polizeipräsidium, Zimmer 103 A, Hausanruf 436, entgegengenommen.

Der Rahnsdorfer „Gasstreik“ beigelegt.

Der Streik der Rahnsdorfer Gaskonumenten hat durch das Eingreifen des Bürgermeisters des Bezirks Köpenick, Genossen Kohl, ein rasches Ende gefunden. Nach Verhandlungen zwischen dem Gaswerkbesitzer und den Konumentenvertretern kam folgende Vereinbarung zustande: Für den Monat Februar wird für die Abnehmer des Gaswerkes in Rahnsdorf der Preis von 490 Mark pro Kubikmeter vereinbart. Sobald jeweils ein neuer Gaspreis der städtischen Werke in Berlin festgelegt wird, treten die Beteiligten unverzüglich erneut zur Festlegung des neuen Preises für die Ab-

nehmer des Gaswerkes in Rahnsdorf zusammen. Die Konumentenvertreter werden unverzüglich das Erforderliche zum Abbruch des Abnehmerstreiks in die Wege leiten. Der Abnehmerstreik hat somit mit einem vollen Erfolg der Konumenten sein Ende gefunden. Statt der geforderten 550 Mark pro Kubikmeter sind jetzt für den Monat Februar nur 490 Mark zu zahlen. Befordert werden muß jedoch, daß dieses „privatwirtschaftlich“ betriebene Gaswerk allerhöchstens in den Besitz der Stadt Berlin übergeführt wird. Die Einwohner von Rahnsdorf, Wilhelmshagen und Hefenwinkel haben ein Recht zu verlangen, daß sie auch bezüglich des Gaspreises nicht schlechter gestellt sind als die übrigen Berliner Einwohner. Es wird Sache der städtischen Vertretung und der Gasverwaltung sein, diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Fahrpreiserhöhung zum 1. März.

Mit Wirkung vom 1. März werden die Personalfahrpreise der Reichsbahn um 100 Proz. erhöht; von diesem Tage an betragen die Einheitsfähre für einen Kilometer 1. Klasse 93 M., 2. Klasse 48 M., 3. Klasse 24 M., 4. Klasse 16 M. Die Schnellzugzuschläge für D-Züge betragen in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1600 bzw. 800 bzw. 400 M., in der 2. Zone (bis 150 Kilometer) 3200 bzw. 1600 bzw. 800 M., in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 4800 bzw. 2400 bzw. 1200 M. Plakartarten kosten für die 1. Klasse 800 M., für die 2. Klasse 440 M., für die 3. Klasse 200 M. Eine Bahnfahrkarte kostet 80 M., der Einheitsfähre für Gepäck beträgt 4 M. für 10 Kilogramm und 1 Kilometer, die Mindestfahrkarte 400 M. Der Mindestfahrpreis beträgt in der 1. Klasse 880 M., in der 2. Klasse 440 M., in der 3. Klasse 220 M., in der 4. Klasse 144 M. Die von Schalterdruckmaschinen hergestellten Fahrkarten behalten den alten (Januar-)Preis aufrecht, werden jedoch zum vierfachen Betrage verkauft; nur auf Blankofahrkarten wird der neue Preis angekehrt. Die Preise für Bettkarten bleiben zunächst unverändert, jedoch wird die Vorverkaufsaufschrift von 14 Tagen bis auf weiteres auf eine Woche verkürzt. Die vierstellige Gültigkeitsdauer der Fahrkarten wird durch die neue Tarifierhöhung nicht verkürzt. Auch an der Gültigkeit der Fahrkarteinhalte des Mitteleuropäischen Reisebureaus (der MRE-Fahrkarte) wird nichts geändert.

Auch die Hochbahn erhöht.

Im Betriebe der Hoch- und Untergrundbahn tritt mit dem 1. März wieder eine Tarifierhöhung in Kraft. In der 3. Klasse erhöht sich der Fahrpreis für die ersten fünf Stationen von 100 auf 150 M. und für die ganze Fahrt von 130 auf 200 M. In der 2. Klasse wird der Fahrpreis von 130 und 160 M. auf 200 und 250 M. erhöht.

Großfeuer in Vorfiswalde.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurden die Behörden von Tegelein, Bittenau und Umgebung nach Vorfiswalde bei Tegelein alarmiert, wo in der Spandauer Straße 40-50 die bekannte Eisen- und Stahlgießerei, Präzisionszweckerei und Werkzeugmaschinenfabrik von Otto Jachmann Kgl. Hof in großer Ausdehnung in Flammen stand. Das Feuer war in einem Heizraum ausgebrochen und hatte trotz eifrigem Bemühen der Feuerwehr in kurzer Zeit eine solche Ausdehnung angenommen, daß noch andere Teile der geräumigen Fabrikanlagen in Gefahr schwebten. Trotz kräftiger Inangriffnahme der Löscharbeiten konnte der Heizraum nicht mehr gerettet werden. Der Betrieb der Fabrik wird weitergeführt, obwohl der Schaden erheblich und eine Störung unvermeidlich geworden ist. Die Entstehung wird auf die Entflammung von Kohlen zurückgeführt, wodurch dann Immobilien, Fußböden und Dachkonstruktionen in Brand gerieten.

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand.

Am Dienstag vormittag in der Camphausenstraße an der Freiheitsstraße aus. Als man die Gefahr bemerkte, schlugen die Flammen schon hell vom Dache heraus. Sie müssen also schon vorher dort unentdeckt gewütet haben. Der Dachstuhl des neuen Hauses war nicht mehr zu retten. Die 3. Kompanie hatte mehrere Stunden zu löschen, um des großen Feuers Herr zu werden. Der Schaden ist auch hier recht erheblich und trifft mehrere Mieter, die zum Teil ganz ungenügend versichert sind, sehr hart.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

19. Mitt. Mittwoch, den 26. Jahrsabend in den bekannten Lokalen.
24. Mitt. Mittwoch, den 26. Jahrsabend in folgenden Lokalen: Gruppe 1 bei Palmer, Jannaschstraße 20; Gruppe 2 bei Schmidt, Marienburger Str. 48; Gruppe 3 bei Winger, Schillingstraße 10; Gruppe 4 bei Spiller, Rauscher Str. 14.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst sehr mild, überstehend bedeckt mit wiederholten Regenschauern und ziemlich starken südwestlichen bis westlichen Winden, nachher zeitweise aufklarend und etwas kühler.

Sport.

Die 10. Wertung des Sechstages-Rennens

gestaltete sich zu einem Triumph der Gebrüder Hufschke, die in den drei ersten Sprints als Sieger das Band posierten und einmal als vierte insamen. Der Stand des Rennens war um 11 Uhr abends nach der 10. Wertung: Bauer-Tieh 154, Krupat-Hahn 122, Gebr. Hufschke 99, Häuhler-Stellbrink 89, Schreißel-Rognussen 80 Punkte. Die Zeit bis zur 2-Uhr-Wertung war durch außerordentlich interessante und für die „Kleinen“ gefährliche Kämpfe ausgefüllt. Zeitweilig waren alle Fahrer auf dem Rad. Aber trotz aller anerkanntwertigen Leistungen gelang es weder den einen ihre Verluste aufzuholen, noch den anderen neuen Vorsprung zu erhalten. Ein reiches Prämienregnen, sehr viele Devisen — darunter einen Zentner Rubel, den Hahn nach Schluß des Rennens heimfuhren darf — sorgte für ein recht lebhaftes Tempo. Die 11. Wertung erlitt eine starke Verzögerung und zeigte besonders wieder A. Hufschke als den besten Flieger des Feldes. Zweimal kam er als erster durchs Ziel. Der Stand des Rennens nach dieser Wertung ist folgender: Bauer-Tieh 162, Hahn-Krupat 141, Gebr. Hufschke 112, Häuhler-Stellbrink 46, Schreißel-Rognussen 36, Reinas-Jenken 23, Raminen-Behrendt 15, Wittig-Kohl 12 Punkte. 1 Runde zur 12. Wertung: Bauer-Tieh 82 Punkte, Pamle-Kuchow 1 Punkt.

Devisenkurse.

	27. Februar		26. Februar	
	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs
1 holländischer Gulden	8967.52	9012.48	8977.50	9022.50
1 argentinische Papier-Peso	8428.87	8472.13	8379. —	8421. —
1 belgischer Frank	1216.95	1223.05	1211.96	1218.04
1 norwegische Krone	4139.62	4160.38	4164.56	4185.44
1 dänische Krone	4389. —	4411. —	4398.97	4421.08
1 schwedische Krone	6009.99	6040.07	6034.87	6065.18
1 finnische Mark	610.47	613.53	610.47	613.53
1 japanischer Yen	10842.72	10927.28	10872.75	10927.25
1 italienische Lire	1087.27	1092.73	1092.26	1097.74
1 Pfund Sterling	106483.12	107016.88	106483.12	107016.88
1 Dollar	22643.25	22756.75	22693.12	22806.88
1 französischer Frank	1891.51	1898.49	1884.03	1890.97
1 brasilianischer Milreis	2598.80	2608.54	2518.68	2531.32
1 Schweizer Frank	4234.88	4255.82	4259.32	4280.68
1 spanische Péceta	3528.10	3543.84	3531.15	3548.85
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	—	—
1 scheidische Krone	—	—	669.82	672.91
1 ungarische Krone	7.35	7.49	7.78	7.77
1 bulgarische Leva	—	—	180.17	180.58
1 jugoslawischer Dinar	—	—	215.46	216.54

Gewerkschaftsbewegung

Wertbeständige Arbeitseinkommen.

Zu dieser Notiz, die am 22. Februar in unserer Abendausgabe gebracht wurde, schreibt uns der Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter, Berlin, Endplatz 6, folgendes:

So sehr das Bestreben, auch für die Entlohnung der Arbeitnehmer eine wertbeständige Form zu finden, zu begrüßen ist, bedarf doch die vor einigen Tagen unter obiger Ueberschrift erschienene Notiz einiger Ergänzungen. Es gilt hier von dieser Gehaltsvereinbarung für das schlesische Forst- und Jagdpersonal das berühmte Wort Fritz Reuters:

„Rindfleisch und Blumen sind ein schön Bericht, allein wie kriegens man nicht.“

Nach unseren Feststellungen werden etwa neun Zehntel der schlesischen Forstangestellten weit unter Tarif bezahlt. Es ist also nur ein geringer Bruchteil, der nach den vereinbarten Sätzen entlohnt wird. Selbst die Arbeitgeberverbände haben in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder feststellen müssen, daß die tarifliche Entlohnung nur zum Teil gewährt wird. In einzelnen Fällen haben wir sogar Bätige von Forstbeamten, die infolge schlechter Bezahlung ins Elend geraten sind, befürwortend weiter geben müssen. Dabei muß man wissen, daß die Waldbesitzer für ihr Holz etwa 10000 bis 15000 Mark soviel erhalten als in Friedenszeiten. Beispielsweise kostete in Friedenszeiten ein Festmeter Grubenholz 6 M. Ein Rechnungsführer in der Land- oder Forstwirtschaft bezog als Jahresgehalt den Wert von 250 Festmeter Grubenholz. Im Monat Dezember 1922 kostete ein Festmeter Grubenholz 64000 M. Der Erlös von 250 Festmeter Grubenholz genügt im Jahre 1922, um achtzig Beamte einer Herrschaft für ein ganzes Jahr zu entlohnen. Mit hin bezog dem Werte nach in Friedenszeiten ein Rechnungsführer so viel, wie heute 80 Beamte. Interessanten können die Adressen der Herrschaft, die solche Gehälter zahlt, bei uns erfahren. Es kommt hinzu, daß ganz besonders der schlesische Waldbesitzerverband prinzipieller Feind jeder gewerkschaftlichen Bewegung unter den forstwirtschaftlichen Angestellten ist. Die Vorstandsmittelglieder dieses Verbandes, nämlich die Herren Graf von der Hesseburg-Galkenlein, von Flemming-Boventin, von Schmorzkopf, Schloß Ratibor, von Krudell-Hohenbüchtem, haben erst vor kurzem in einem Rundschreiben an ihre Mitglieder zu Sammlungen aufgefordert, um wie sie sich ausdrücken — unserer Organisation „mit allen Mitteln entgegenzuwirken und abzuwenden, damit den gewerkschaftlichen Verbänden und der Regierung der Boden zur Bekämpfung einer wirtschafts-friedlichen Richtung und einer anständigen Gefinnung der Beamten ihren Arbeitgebern gegenüber entzogen werden kann“. Ganz besonders der schlesische Waldbesitzerverband, der in der erwähnten Gehaltsvereinbarung als Tarifkommission auftritt, ist es, der bisher sich mit Händen und Füßen gegen eine tarifliche Regelung der Forstangestelltengehälter wehrt. Auch der Sachlungsausschuß in Breslau konnte diese Herren nicht zu einem anderen Standpunkt bekehren. Die nunmehr abgeschlossene Vereinbarung ist nur mit Arbeitnehmerorganisationen zustande gekommen, die sich in voller Abhängigkeit vom Waldbesitzerverband befinden. Die Vorteile dieses „Tarifvertrages“ stehen also nur auf dem Papier und sind gewissermaßen der Spieß, mit dem man glaubt, die Wäule in diesem Falle die forstwirtschaftlichen Angestellten fangen zu können.

Doppelzüngigkeit.

Am Leitartikel des „Vorwärts“ vom 21. Februar, Morgenausgabe, veröffentlichten wir bereits Mitteilungen über Beschlüsse der angeblich vaterländischen Verbände zum Ruhrkampf; Genosse Aufhäuser veröffentlicht in der WfV-Bundeszeitung einen Artikel, der das Doppelgesicht des Reichsverbandes der Deutschen Industrie kennzeichnet. Die Geschäftsführung dieser Arbeitgeberorganisation verbande Anfang Februar an die einzelnen Firmen als Material die Beschlüsse der „Vereinigten Vaterländischen Verbände Deutschlands“ und bemerkte ausdrücklich in einem Begleitschreiben: „Jemand etwas Ungünstiges läßt sich jedenfalls gegen die Organisation, die Vereinigten Vaterländischen Verbände“ nicht sagen.“

In diesem mit einer wohlwollenden Empfehlung verzierten, vom volkspolitischen Abgeordneten Geisler unterzeichneten Material werden sowohl die Gewerkschaften wie die Sozialdemokraten im allgemeinen wegen ihrer „verräterischen Haltung“ angegriffen. Da heißt es u. a.:

„Der französische General Simon hat kürzlich ausgesprochen, daß ihm die Leitung der freien Gewerkschaften in Düsseldorf versichert hätte, daß sie ihm beim Einmarsch ins Ruhrrevier keine Schwierigkeiten bereiten würde.“

Diese angeblichen Vaterländischen Verbände berufen sich also auf einen französischen General, um gegen die deutschen Gewerkschaften eine niederträchtige Lüge verbreiten zu können. Weiter werden die Unternehmer aufgefordert, „nationale Spenden“ zu geben, die nützlicher wären, wenn sie zur nationalen Propaganda im Ruhrrevier verwendet werden, statt in den großen Topf zu fließen.“

Diese Aufforderung, nichts für die Ruhrhilfe zu zeichnen, wird von demselben Reichsverband der deutschen Industrie verbreitet, der mit den Gewerkschaften den Aufruf für die Ruhrhilfe unterzeichnet hat. Diese Doppelzüngigkeit erklärt sich wohl daraus, daß der Reichsverband mit Herrn Geisler fürchtet, daß es den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern gelingen kann, seinen Endes den Unmut über die drohende wirtschaftliche Not der Franzosen auf die deutschen Unternehmer abzuladen.“ Deshalb heißt es auch in dem „Material“ weiter: „Um jeden Zerlegungsvorwurf mit Erfolg bekämpfen zu können, wird die schärfste Beobachtung der Sozialdemokratie, des linken Zentrums und der Arelle usw. „Berliner Tageblatt“ beschlossen, damit von dort ausgehende Zerlegungsvorwürfe durch jede in Betracht kommende Möglichkeit mit Erfolg bekämpft werden können.“

Und solches Material, das wir nicht näher zu kennzeichnen brauchen, versendet der Reichsverband der deutschen Industrie mit einer empfehlenden und wohlwollenden Bemerkung versehen. Diesem Reichsverband kommt es offenbar nicht auf die Bekämpfung des „äußeren Feindes“, sondern des „inneren Feindes“ an.

Lohnregelung in der Metallknopf-Industrie.

Die in der Metallknopf- und Korsettstangen-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Montagabend in der Aula der „Sophienschule“ den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar entgegen, der von Fr. Gladisch und dem Brancheneiter Schulz erhalten wurde. Mit den Arbeitgeber war eine Verständigung über die Februar-Löhne nicht möglich; auch den Spruch des Schlichtungsausschusses lehnten sie ab. Es kam deshalb in zwei Betrieben zum Streik, worauf die Arbeitgeber mit Aussperrung der gesamten Arbeiterchaft drohten. Es kam nun zu einer Verhandlung der Parteien vor dem „Demo“, die schließlich zur Annahme eines Vergleichsvertrages führte, in dem folgendes bestimmt wird: Vom 1. bis 14. Februar werden alle Tarif- und Akkordlöhne um 65 Proz., vom 15. bis 20. Februar alle Löhne der Arbeiter über 21 Jahre um 100 Proz. erhöht. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 21 Jahren beträgt die Erhöhung 90 Proz., für Jugendliche unter 18 Jahren und Lehrlinge 75 Proz. Für die Zeit vom 21. Februar bis 3. März beträgt die Erhöhung für die über 21 Jahre alten Arbeiter 150 Proz., für Arbeiterinnen über 21 Jahre 125 Proz., für Arbeiter und Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahre 115 Proz. Die Akkordlöhne sollen vom 1. bis 14. um 65, vom 15. bis 20. um 100 und vom 21. Februar bis 7. März um 125 Proz. erhöht werden. Höhere Lohnsätze bleiben bestehen. Beheiratete Frauen und Mütter erhalten 1 M. Zulage auf den Stundenlohn.

